

# Bilger verteidigt Merz



CDU-BUNDESVORSTANDSMITGLIED STEFFEN BILGER (MITTE) MIT RAINER KNAUER (RECHTS) UND ROBIN MORGENSTERN. FOTO: RAHMIG

## Gesprächsreihe – CDU-Politiker kritisiert grüne Verbotspolitik und prangert Habecks »German Angst«-Vorwürfe an

VON JÜRGEN RAHMIG

**REUTLINGEN.** Die Bundesregierung versucht mit einem Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel »in die Einkaufswagen hineinzuregieren«, kritisiert der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Steffen Bilger, in Reutlingen. Das deutsche Asylrecht sei unzeitgemäß und das Heizgesetz muss eingestampft werden, die Wahlrechtsreform sei ein Hammer. Der 44-jährige Ludwigsburger CDU-Politiker schlug bei der Veranstaltung der Familienunternehmer auf der Achalm Pflöcke ein. Ihm war anzumerken, dass der Wahlkampf für die Europawahlen 2024 schon startet. Bilger ist auch Mitglied der überparteilichen Europa Union Deutschland.

Die Grünen in der Bundesregierung hat der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz als Hauptgegner der CDU ausgemacht, und Bilger ist sich da mit Merz einig. Viele Menschen bewege das Thema Migration. »Da sind es die Grünen und Teile der SPD, die die Realität ausblenden und nicht wahrnehmen wollen, was die Kommunen Tag für Tag umtreibt. Oder das Thema Gendern. Oder das Heizgesetz«. Das sind die Themen, die die Grünen zum Gegner machen.

### **Kritik an Verbotspolitik**

Der frühere Staatssekretär im Verkehrsministerium ist heute in der CDU zuständig für Umwelt und Landwirtschaft. »Verbote, Verbote, Verbote«, schimpft er und bemängelt die »grüne Verbotspolitik« und das diskutierte Werbeverbot von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir. »Warum soll Özdemir entscheiden, ob eine Brezel noch beworben werden darf oder nicht, weil sie zu viel Salz hat oder der Fruchtjoghurt Zucker?« Es freue natürlich viele Menschen, wenn die Schuld und damit die Verantwortung für die eigene Gesundheit der Wirtschaft und damit der Lebensmittelindustrie zugeschoben wird. Bilger ist aber nach wie vor der Auffassung, dass die Verantwortung für die Gesundheit in erster Linie Sache jedes Einzelnen ist.

Die CDU kommt nicht zur Ruhe. »Friedrich Merz bekommt immer Feuer, besonders aus der eigenen Partei«, sagt Moderator Rainer Knauer von den Familienunternehmern. Dennoch will Bilger nicht von einem Flügelkampf innerhalb der CDU reden. Im Gegenteil, Merz versuche, alle einzubinden und die Partei zu versöhnen. Die Stärke der CDU als Volkspartei müsse es sein, alle mitzunehmen. Das neue Grundsatzprogramm soll zeigen, dass die CDU eine Volkspartei ist und breit aufgestellt. Das C wird laut Bilger weiter eine wichtige Rolle spielen. »Wir sind keine christliche Partei, aber wir sind eine Partei mit christlichen Grundsätzen.«

Bilger versucht nochmals klarzustellen: Merz habe beim Sommerinterview nicht von einer Zusammenarbeit mit der AfD geredet, sondern nur »auf die kommunale Realität hingewiesen«. Dabei ging es um den Backnanger Gemeinderat. Das werde dann aber von den Medien so transportiert, als sei er konkret für die Kooperation mit der AfD. Bilger räumt aber ein, dass eigene Parteikollegen die mediale Kritik dann noch unterstützen, »statt erst mal nachzufragen, wie er das überhaupt gemeint hat«. Da wünscht er sich mehr Geschlossenheit innerhalb der Partei.

Im Übrigen: Um die AfD kleinzuhalten, »darf nicht nur lamentiert werden, sondern es müssen die Probleme gelöst werden, die bei den Menschen Unzufriedenheit schaffen. Eine Personaldebatte bei der CDU hält Bilger für völlig unnötig. Doch mit Blick auf das lange Gerangel zwischen Söder, Laschet und Merz innerhalb der Union sagt Bilger, künftig müsse bei Personalentscheidungen »mehr auf unsere Wahlchancen geschaut werden, denn für das Land ist es besser, wenn wir die Wahlen gewinnen«.

»Unser Asylrecht passt nicht mehr in die Zeit, denn so, wie die Regeln formuliert wurden, war nicht vorstellbar, dass heute einer in Erbil ins Flugzeug steigt, nach Minsk fliegt, und dann mit freundlicher Unterstützung von Lukaschenko einen Tag später in Berlin ankommt.«

Er findet den Ansatz der EU-Minister gut, »dass es eine Vorprüfung geben muss, bevor die Menschen zu uns kommen«. Wer die Chance auf Asyl hat, dürfe dann wirklich nach Europa. Innerhalb Europas »muss dann aber anders zugeteilt werden und dann müssen die Leistungen in den Ländern angeglichen werden, damit es sich nicht mehr lohnt, beispielsweise nach Deutschland zu gehen, weil es da mehr gibt«.

### **Asylrecht unzeitgemäß**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat im Zusammenhang mit Sorgen um die deutsche Wirtschaft von der »German Angst« gesprochen. Der CDU-Politiker nennt das »ein Ausblenden der Realität«. Er frage sich manchmal, »ob wir überhaupt einen Wirtschaftsminister haben.« Denn viele Investitionsentscheidungen gingen schon jetzt gegen Deutschland. Sorgen bereitet die Abwanderung von Unternehmen. Es sei an der Zeit, endlich Wirtschaftspolitik zu machen und nicht nur Phrasen zu dreschen. »Nicht Klimaschutz gegen die Wirtschaft und Arbeitsplätze, sondern mit.«

Statt über die Viertagewoche zu reden, müssen sich Überstunden wieder mehr lohnen. Die Sorgen in Wirtschaft und Handwerk sind groß, das wurde in der Diskussion auf der Achalm klar. Da werde von der Viertagewoche geredet. Stattdessen: »Wir müssen mehr statt weniger arbeiten in Deutschland«, sagt Bilger, und wer mehr arbeiten möchte, sollte das auch können. Die Arbeitszeitregelungen müssten flexibler werden.

»Ich bin ein großer Freund der Elektromobilität, aber ich halte es für sehr fahrlässig, nur darauf zu setzen. Es ist schlecht, sich damit beispielsweise bei Seltenen Erden und Batterien in eine Abhängigkeit von China zu bringen. Wir müssen endlich aufwachen.« Bilger plädiert für Technologieoffenheit, weil sie Lösungen schaffen und Abhängigkeiten verringern könne. »Warum ist es in Deutschland etwa verboten, CO2 abzusondern und zu speichern? Das muss geändert werden. Das macht Norwegen und das machen andere in der Welt erfolgreich. Die Verengung nur auf Sonne und Wind wird nicht funktionieren.« (GEA)

---